

Meldung Deutsche Presse Agentur vom 2006-06-15 17:01

Umwelt/Emissionshandel/

Union und SPD streiten über Zusatzgewinne von Stromversorgern

Berlin (dpa) - Die Koalitionsfraktionen im Bundestag streiten über die Zusatzgewinne von Stromversorgern aus dem Handel mit Zertifikaten für den Ausstoß von Treibhausgasen. Die SPD warf der Union und Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) vor, ihre Vorschläge zu blockieren. «Wir sind sehr verärgert in der SPD», sagte SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber am Donnerstag der dpa in Berlin. «Glos handelt im Interesse der Strommonopolisten.» Die Union helfe nicht dabei, Wettbewerb auf dem Energiemarkt zu installieren.

Die SPD schlägt vor, zusätzliche Gewinne der Energieversorger aus dem Handel mit Emissionen zu besteuern. Das lehnen CDU/CSU ab. Die Gefahr bestehe, «dass eine neue Steuer zu Strompreiserhöhungen führt», sagte die stellvertretende Unionsfraktionschefin Katherina Reiche (CDU). «Nur durch einen größeren Wettbewerb im Strommarkt lassen sich `windfall profits` (unerwartete Zusatzgewinne) verhindern.» Nach Angaben aus der SPD gehen den Stromkunden dadurch im Jahr fünf bis sechs Milliarden Euro verloren.

Die Stromanbieter verbuchen die Zertifikate für den Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxids trotz kostenloser Zuteilung als Kosten. Wegen des mangelnden Wettbewerbs unter den Konzernen können sie diese fiktiven Kosten nach Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) auf die Strompreise schlagen, an die Kunden weitergeben und mit diesen «windfall profits» zusätzliche Gewinne einstreichen. Union und SPD hatten im Koalitionsvertrag vereinbart, solche Mitnahmeeffekte zu vermeiden.

Umstritten ist eine Versteigerung von Kohlendioxid-Zertifikaten. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) und Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) hatten sich für die nächste Handelsrunde mit CO2-Rechten 2008 bis 2012 auf eine kostenlose Verteilung der Zertifikate an Industrie- und Energieunternehmen verständigt. Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) besteht auf einer teilweisen Versteigerung. Glos lehnt sie als Preissteigernd ab. Wegen Differenzen in der Bundesregierung droht Deutschland die EU-Frist zur Abgabe des nationalen Plans zum Emissionshandel mit Kohlendioxid-Zertifikaten zum 1. Juli zu versäumen.

dpa vr yydd kf
151701 Jun 06